HALLE ★ *Die Stadt*

Anfrage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2009/08432**
Datum: 04.11.2009
Bezug-Nummer.
Kostenstelle/Unterabschnitt:
Verfasser: Frau Sabine Wolff
Plandatum:

Beratungsfolge	**Termin**	**Status**
Stadtrat	25.11.2009	öffentlich Kenntnisnahme

Betreff: Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Sozialticket

Am 19.09.2007 hat der Stadtrat dem Antrag der damaligen Fraktion Die Linkspartei. PDS zur Einführung eines Sozialtickets (IV/2007/06416) zugestimmt.

Ich frage:

Wie weit ist der Stand der Vorbereitung und Umsetzung zur Einführung eines Sozialtickets für den öffentlichen straßen- und schienengebundenen Personennahverkehr in der Stadt Halle (Saale) für Bürgerinnen und Bürger der Stadt?

gez. Sabine Wolff
Stadträtin NEUES FORUM

Die Antwort der Verwaltung lautet:

Die Grundaussagen der Stellungnahme der Verwaltung vom 16.04.2007 bleiben voll inhaltlich bestehen.

Die Ausgabe eines Sozialtickets würde eine neue freiwillige Aufgabe der Stadt Halle (Saale) begründen.

Die Stadt Halle (Saale) befindet sich in der Phase der Haushaltskonsolidierung und hat die Verpflichtung, das strukturelle Defizit gemäß den Bestimmungen der §§ 90 Abs. 3, 92 Abs. 3 GO LSA mittelfristig abzubauen. Gemäß Hinweisen zur Haushaltskonsolidierung des Ministerium des Innern aus dem Jahr 2004 sind vorhandene freiwillige Leistungen daraufhin zu überprüfen, ob sie kostengünstiger erfüllt werden können, zu privatisieren oder gar aufzugeben sind. Während des Konsolidierungszeitraumes darf die Kommune sich nicht zur Übernahme neuer freiwilliger Leistungen verpflichten.

Dies steht im Gegensatz zu dem Vorschlag, eine neue Sozialleistung auf freiwilliger Basis zu begründen. Im städtischen Haushalt sind dafür keine Mittel eingeplant. Eine Neubegründung würde zu Lasten des gesamtstädtischen Haushaltes erfolgen. Eine weitere Erhöhung des Haushaltsdefizits birgt die Gefahr der Beanstandung durch das Landesverwaltungsamt.

Die Verwaltung ist zurzeit dabei für die Schüler der Stadt Halle eine Ticketlösung zu finden, die auch die Belange der Familien mit Sozialhilfe bzw. Harz IV berücksichtigt. Damit wäre einer der größten Anteile der Nutzer des ÖPNV mit einer separaten Lösung erreicht. Hintergrund ist die veränderte Finanzierungssituation des ÖPNV im Landeshaushaushalt.

Tobias Kogge
Beigeordneter